

we don't need no education! keine bildung für staat und kapital!

Auch dieses Jahr geht der Bildungsstreik weiter. Studierende und SchülerInnen kritisieren Studiengebühren, die ökonomische Ausrichtung der universitären Inhalte und den Mangel an demokratischer Mitbestimmung. Prominente Forderungen sind »selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck«, »freier Bildungszugang für alle Menschen, Lehrmittelfreiheit und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studiengebühren, Ausbildungsgebühren und Kita-Gebühren«, »öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft

unter anderem auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe« sowie die »radikale Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen«. Derlei Forderungen verkennen jedoch gänzlich den Zweck des hiesigen Bildungsbetriebs: die Menschen auf die Verwertung am (Arbeits-)Markt vorzubereiten und als Staatsbürger zu erziehen. Um sich Klarheit über den richtigen Inhalt der Kritik zu verschaffen, bedarf es eines genaueren Verständnisses der Zwecke, welche die Misere der Bildung notwendig werden lässt.

we don't need no education! keine bildung für staat und kapital!

die zwecke des bildungswesens

BürgerInnen, die ihre Existenz nicht sichern können, indem sie andere an ihren Produktionsmitteln arbeiten lassen, sind gezwungen Lohnarbeit zu verrichten. Das ist der Großteil der Bevölkerung. Sie müssen ihre Arbeitskraft als eine Ware auf dem Arbeitsmarkt anbieten und verkaufen, damit sie ihr Leben bestreiten können. Auf der anderen Seite können die, die Eigentum an Produktionsmitteln besitzen, die Lohnabhängigen für ihre Zwecke als Arbeitskräfte einsetzen. Dafür werden qualifizierte Arbeitskräfte benötigt.

Da die dafür nötige Ausbildung für die Unternehmen keinen unmittelbaren ökonomischen Nutzen bringt, übernimmt der Staat das Ausbildungswesen. Als *ideeller Gesamtkapitalist* schützt er die Interessen der Kapitalisten im Allgemeinen, um damit die *Chancengleichheit* als Voraussetzung der Konkurrenz zu sichern, auch wenn dabei möglicherweise die Interessen einzelner Kapitalisten auf der Strecke bleiben. Mit dem *Recht* auf schulische Ausbildung, das mit der *Schulpflicht* durchgesetzt wird, garantiert der Staat den zukünftigen Erwerbstätigen die grundlegende Qualifikation für das Arbeitsleben. Weil die Ausbildung in den Schulen und Hochschulen also dem Zweck dient die Jugend so zu formen, dass sie verschiedene Funktionen in Wirtschaft und Staat übernimmt, liegt der Zweck dieses Ausbildungswesens auch nicht in der Selbstverwirklichung der Auszubildenden - sondern gerade im Gegenteil. Der Staat sortiert die Individuen in die Berufshierarchien, indem er den Zugang zu den Bildungsabschlüssen von den Leistungen der SchülerInnen abhängig macht. Dieser institutionalisierte Leistungsvergleich (Notensystem, Numerus Clausus) regelt dabei die Konkurrenz und unterwirft die SchülerInnen, Studierenden und Azubis den gleichen Bedingungen. Auch hier ist die Gleichheit die Voraussetzung der Konkurrenz unter den SchülerInnen und anderen vom staatlichen Ausbildungssystem betroffenen, indem von ihren individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen abgesehen wird.

Die daraus resultierende Ungleichheit wird zur Legitima-

tion der ersten Sortierung nach der Grundschule herangezogen. Der Übergang in das dreigliedrige Schulsystem schafft eine erste Perspektive auf die künftige Rolle in der Gesellschaft. So werden in der Regel Haupt- oder RealschülerInnen eher im Hinblick auf ihre künftige, praktische Tätigkeit als ArbeiterInnen oder ihre Rolle als Überflüssige für den Arbeitsmarkt vorbereitet. Das fachliche Know-How hierzu wird an den beruflichen Schulen vermittelt. Einzig die SchülerInnen, die sich im Leistungsvergleich durchsetzen konnten, erlangen den Zugang zu höheren Berufshierarchien, für die sie an Universitäten, Fachhochschulen oder Berufsakademien ausgebildet werden. Der Erwerb von *bestimmten* Fähigkeiten sowie das Interesse an *bestimmtem* Wissen sind Zwang, um in der Ausbildung zu bestehen. Das dabei vermittelte Wissen ist nur in dem Maße interessant, wie es für die Ausübung des Berufs erforderlich ist. Deswegen ist die bürgerliche Gesellschaft gleichzeitig an Wissen interessiert und desinteressiert, es kommt nur auf die Nützlichkeit für die arbeitsteiligen Funktionen der Individuen an. Die Bildung zielt also in ihrem gesamten Aufbau nicht auf die individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der Auszubildenden ab, sondern richtet sie lediglich als Mittel zum Zweck ihrer eigenen Verwertung zu.

Neben dieser Zurichtung verfolgen vor allem Schulen noch einen anderen Zweck: in Fächern wie Geschichte, Politik oder Ethik/Religion/Philosophie wird den SchülerInnen die Ideologie beigebracht, die für Zustimmung zu dieser bitteren Realität sorgen soll. So wird in Geschichte der nationale Werdegang unterrichtet und die Existenz der Nation und ihrer Geschichte verklärt, in Politik wird das falsche Bewusstsein über die kapitalistische Gesellschaft und ihren Staat vermittelt und in Ethik etc. werden moralische Grundkategorien diskutiert, die mit der Realität dieser Gesellschaft nur wenig zu tun haben. So werden SchülerInnen nicht nur zu zukünftigen Arbeitskräften, sondern auch zu willigen, gehorsamen Staatsbürgern erzogen.

In den Universitäten reproduzieren die Angehörigen der zukünftigen nationalen Elite dann das dazu *notwendig*

falsche Bewusstseins (Ideologie) in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, die sich um die Probleme des Funktionierens *dieser* Gesellschaft und ihres Staates bemühen. Die Naturwissenschaften dagegen bringen nütz-

liches Wissen für die Dingbarmachung der Natur für die kapitalistisch produzierende Gesellschaft.

überall ideale

Die derzeitigen Reformen von Studium und Schulwesen sind ein deutliches Zeugnis für ein Bildungswesen, welches auf ökonomische Zwecke ausgerichtet ist. Weil dem Staat die Ausbildung in Schulen und Hochschulen zu lange dauert und zu viel kostet, verkürzt er ihre Zeit, komprimiert die Lehrinhalte und führt Studiengebühren ein. Die Ergebnisse sind unter anderem das derzeitige Bachelor-/Master System und das »Turboabi«.

Dass z.B. Studiengebühren eingeführt oder abgeschafft werden, ist kein Beleg für das Wohlwollen oder die Böswilligkeit der derzeit politisch Verantwortlichen. Derlei politische Maßnahmen richten sich im Normalfall nach Zwecken, die der Staat als *ideeller Gesamtkapitalist* verteidigt: dem Wirtschaftsstandort Deutschland in der internationalen Konkurrenz Vorteile zu verschaffen. Wenn sich die Forderungen also darauf beschränken, Studiengebühren abzusuchen und die Studierenden so lange studieren zu lassen, wie sie das möchten, würde sich an der grundlegenden Verfasstheit der Bildung nichts ändern. Sie wäre nach wie vor Mittel zum Zweck kapitalistischer Verwertung. Die *Zumutungen*, die der Staat seinen BürgerInnen auferlegt, werden ihm als *Zuwendungen* zugutegehalten.

Kritisiert wird nicht der Staat als u.A. pragmatischer Sachverwalter der Kapitalinteressen, sondern seine vermeintlichen Verfehlungen in Interessenvertretung seiner BürgerInnen.

Die Einrichtung eines selbstbestimmten Lebens, wie oben zitiert, wäre zwar eine feine Sache, ist aber unterm Strich nicht mit Staat und kapitalistischer Gesellschaft zu machen. Auch der freie Bildungszugang hängt einem Ideal von Chancengleichheit an, welches so mit der Realität nicht vereinbar ist. Diese Realität bringt zwangsläufig Gewinner und Verlierer hervor, tendenziell mehr Verlierer. Auch ein gebührenfreier Bildungszugang ändert daran nichts.

Da fragt sich nur noch, was eine radikale Demokratisierung solcher Verhältnisse eigentlich verändern könnte? Will man etwa bei dieser Gesamtschneise noch etwas mitzubestimmen haben? Oder: Wäre eine Uni oder Schule, in der die aufgeführten Zwecke für die Bildung noch immer funktionieren, die aber von den SchülerInnen oder Studierenden selbst verwaltet würden, wirklich ein Garant dafür »selbstbestimmt« zu leben?

kein kommunismus ist auch keine lösung

Das eigentliche Problem sind also nicht die Zustände, die im Bildungssystem herrschen, sondern die Gründe, die diese Zustände notwendig werden lassen. Erst jenseits des Staates und seiner Interessen, die er mit Hilfe der Menschen gegen die Menschen durchzusetzen versucht und ohne den Kapitalismus, der sie in ständiger Konkurrenz zueinander aufreibt, wird eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Wissensvermittlung denkbar. Das Projekt, diese bestehenden Verhältnisse von ihren Zwecken und Grundkategorien her zu kritisieren und davon ausgehend praktisch zu verneinen und aufzuheben, nennen wir Kommunismus. Wir wollen uns nicht konstru-

tiv in das Bestehende einbringen, sondern die Produktion so einrichten, dass sie sich an den Bedürfnissen orientiert.

Leute, die das Bildungswesen nicht wegen seiner Studiengebühren oder Abschlussysteme kritisieren wollen, sondern als Ausdruck kapitalistischer Verwertungslogik, sind dazu aufgerufen sich in einem antikapitalistischen Block auf der Demo zusammenzuschließen - um deutlich zu machen, dass wir die Freiheit des kapitalistischen Verwertungszwangs immer noch scheiße finden!

Für den Kommunismus!

Gruppe Kritik & Intervention | kritikundintervention.org
[association critique] | associationcritique.blogspot.de
Antifa Lemgo | antifalemgo.blogspot.de
Gewerkschaftsinitiative Alles für Alle

**9.juni bildungsstreik demonstration
antikapitalistischer block
betheleck 10:30 uhr**

we don't need no education! keine bildung für staaf und kapital!